

ProWST – Projektgesellschaft Württembergische
Staatstheater Stuttgart GmbH

Europaweite Vergabe von Leistungen der Projektsteuerung
für die Sanierung, Modernisierung und bauliche Erweiterung
der Württembergischen Staatstheater Stuttgart am Standort
Oberer Schlossgarten

im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
nach VgV

BEWERBERMEMORANDUM

Inhaltsverzeichnis

1	Gegenstand des Verfahrens	3
1.1	Leistungszeitraum.....	5
2	Vergabestelle / Terminologie / Berater.....	5
2.1	Terminologie.....	5
2.2	Berater.....	5
3	Formale Angaben zum Verfahren.....	5
3.1	Art des Verfahrens	5
3.2	Teilnahmeberechtigung	6
3.3	Bewerbergemeinschaften	6
3.4	Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer	6
3.5	Ablauf des Verfahrens	7
3.6	Angebotswertung.....	8
4	Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)	9
4.1	Form und Frist der Teilnahmeanträge	9
4.2	Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl.....	10
4.2.1	Nachweis der Eignung	10
4.2.2	Auswahl der Bewerber.....	10
4.3	Nachforderung von Unterlagen.....	13
5	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens.....	13
5.1	Einverständnis der Bewerber	13
5.2	Fragen zum Verfahren.....	14
5.3	Änderung und Aufhebung des Verfahrens.....	15
5.4	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren	15
5.6	Tariftreue und Mindestlohn	15
6	Vergabekammer	15
7	Anlage	15

1 Gegenstand des Verfahrens

Das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) betreiben und finanzieren die Württembergischen Staatstheater Stuttgart (WST), das größte Dreispartenhaus der Welt und die größte Kultureinrichtung von Stadt und Land. Die Staatsoper Stuttgart zählt zu den bedeutendsten europäischen Opernhäusern, das Stuttgarter Ballett gehört zu den international renommiertesten Ballettensembles.

Mit jährlich rund 900 Vorstellungen und Veranstaltungen erreichen die Württembergischen Staatstheater Stuttgart im Durchschnitt über mehrere Spielzeiten hinweg ein Publikum von rund 450.000 Besucherinnen und Besuchern.

Die Staatstheater melden derzeit über alle Sparten hinweg eine Rekordnachfrage, die deutlich über die Zahlen der Zeit vor Corona hinausgeht. Diese Nachfrage hat sich über mehrere Spielzeiten hinweg aufgebaut; es ist also davon auszugehen, dass es sich um ein mittelfristig stabiles Phänomen handelt.

Der Gebäudekomplex der Württembergischen Staatstheater Stuttgart (WST) am Standort Oberer Schlossgarten, bestehend aus dem denkmalgeschützten Opernhaus, dem denkmalgeschützten Verwaltungs- und dem Kulissengebäude, muss dringend saniert, modernisiert und erweitert werden. Die Arbeitsbedingungen der ca. 1.450 Mitarbeitenden entsprechen nicht mehr heutigen Standards und Vorschriften. Darüber hinaus führen die Einschränkungen durch veraltete Technik und aufgrund von fehlenden Flächen und Funktionen zu erheblichen Einschränkungen im Proben- und Spielbetrieb. Lediglich das bereits in Teilen modernisierte Schauspielhaus, welches ebenfalls Teil des Gebäudeensembles ist, ist von der anstehenden Maßnahme nicht betroffen.

Geplant ist ein zukunftsweisendes städtebauliches und architektonisches Konzept für die Erweiterung der Württembergischen Staatstheater (WST) in Stuttgart zu umzusetzen. Das Gebäudeensemble der Staatstheater soll ein offener, identitätsstiftender Ort sein, ohne die Funktionalitäten des Theaterbetriebes einzuschränken – ein „Haus ohne Rückseiten“, das sich durch Adressbildung und Offenheit zu allen Seiten auszeichnet.

Das Konzept soll positiv sowohl zur „Stuttgarter Kulturmeile“ beitragen als auch zur Aufenthaltsqualität in der Stadt. Die Integration ins Umfeld – insbesondere im Kontext der Bundesstraße B14 – soll durch die Neuordnung und die gestalterische Aufwertung des öffentlichen Raums erfolgen. Das Projekt soll ein neues Kulturensemble im Herzen der Stadt schaffen, das Denkmalschutz, Stadtentwicklung und öffentliche Raumgestaltung in einem nachhaltigen Gesamtkonzept integriert.

Ein stadtplanerisches Ziel soll die Öffnung und Durchlässigkeit des Opernhauses im übertragenen Sinn sein, um das Gebäudeensemble als offenen Ort für die gesamte Stadtgesellschaft erlebbar zu machen.

Der Schwerpunkt der Sanierungsmaßnahme sind die Verbesserung der künstlerischen und betrieblichen Arbeitsbedingungen für die ca. 1.450 Mitarbeitenden, der Funktionalität der Bühne im Opernhaus und sämtlicher umgebender Funktionsräume im Kontext, sowie der Besucher-bereiche des Opernhauses und der Gastronomie. Wichtigste Maßnahmenpakete der Baudurchführung sind die Sanierung des denkmalgeschützten Opernhauses und Verwaltungstrakts inkl. Versetzen des Seitenportals des Opernhauses (Erweiterung Kreuzbühne) sowie der Erweiterungsbau an Stelle des bestehenden rückzubauenden Kulissengebäudes.

Die besonderen Rahmenbedingungen liegen in den Denkmalschutzvorgaben für Opernhaus, Verwaltungsgebäude und Schnittstelle zum Schauspielhaus, in den notwendigen strukturellen Eingriffen im denkmalgeschützten Opernhaus, in Abbruch und Baudurchführung im laufenden Betrieb des Schauspielhauses und Verwaltungsbaus, sowie in der beengten hocherschlossenen Innenstadtlage und erschwerten Gründung (B14, Stadtbahntunnel, Fernwärmeleitung, Heilwasserschutzgebiet).

Der wirtschaftlichen und nachhaltigen Umsetzung des Projekts kommt eine sehr hohe Bedeutung zu. Dabei ist dem verantwortungsbewussten Einsatz finanzieller, materieller und energetischer Mittel Rechnung zu tragen und von besonderer Relevanz.

Zudem sind die notwendige Sanierung und Erweiterung des Opernhauses von großer kulturpolitischer, gesellschaftspolitischer und städtebaulicher Bedeutung und stehen im Fokus von Öffentlichkeit, Presse und Politik. Das Gesamtvorhaben der Sanierung der WST umfasst auch die Errichtung eines Interimsstandorts in Stuttgart-Nord sowie den Neubau eines Werkstattgebäudes in Stuttgart-Bad Cannstatt, die jedoch beide nicht Teil dieser Ausschreibung sind. Zur Planung und Durchführung dieser Baumaßnahmen haben das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt Stuttgart die ProWST Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater Stuttgart GmbH gegründet, an der sie zu je 50 Prozent beteiligt sind.

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind Leistungen der Projektsteuerung für die Sanierung, Modernisierung und bauliche Erweiterung der Württembergischen Staatstheater am Standort Oberer Schlossgarten, Stuttgart. Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Die Planungen erfolgen unter Einsatz von BIM, sodass auch seitens der Projektsteuerung entsprechende Kompetenzen erwartet werden.

Nähere Informationen zum Auftragsgegenstand und zum Terminplan erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerber mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

1.1 Leistungszeitraum

Die vergabegegenständlichen Leistungen sind voraussichtlich ab Anfang 2027 zu erbringen und voraussichtlich bis Ende 2042 abzuschließen.

2 Vergabestelle / Terminologie / Berater

Vergabestelle und Auftraggeber ist die ProWST – Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater Stuttgart GmbH.

2.1 Terminologie

Die ProWST – Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater Stuttgart GmbH wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ bzw. „AG“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber/Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ oder „AN“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

2.2 Berater

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren begleitet durch:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB
Rechtsanwalt/Fachanwalt für Vergaberecht Dr. Alexander Dörr
Rechtsanwältin Lena Wende
Stresemannstraße 79
70191 Stuttgart

3 Formale Angaben zum Verfahren

3.1 Art des Verfahrens

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen des GWB sowie der VgV.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die Vergabebekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar.

3.2 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der EU-Auftragsbekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

Die gemeinsame Beteiligung mit weiteren Unternehmen ist als Bewerbergemeinschaft oder unter Einbindung von Nachunternehmen nach Maßgabe der Vorgaben dieses Bewerbermemorandums möglich.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

3.3 Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

3.4 Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.

3.5 Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Stufe 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage, der unter Ziffer 4.2 dargestellten Vorgehensweise werden unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs drei bis maximal fünf Unternehmen ausgewählt, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase:

Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines ersten Angebots aufgeforderten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt, die den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Bewerbern zugehen werden.

Die Bieter haben zudem ihre Konzepte im Rahmen einer ca. 30 bis 45-minütigen Präsentation mit anschließender Fragerunde vorzustellen.

Die ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bieter ranking erstellt.

Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuscheiden, nur mit einzelnen anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu

treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen. Die Vergabestelle behält sich vor, schon auf Grundlage des ersten Angebots entsprechend zu verfahren.

Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

Für das gesamte Verfahren ist folgender **Terminplan** vorgesehen:

Anfang September 2026: Aufforderung zur Abgabe eines ersten indikativen Angebots

Anfang Oktober 2026: Ende der Frist zur Erstellung des ersten indikativen Angebots

Mitte Oktober 2026: Bieterpräsentationen

November 2026: Verhandlungsgespräche und verbindliches Angebot

Dezember 2026/

Januar 2027: Zuschlagsentscheidung und Vertragsschluss

Alle vorgenannten Termine sind unverbindlich. Den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bewerbern werden die genauen Termine mit Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert mitgeteilt.

3.6 Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote in Phase 2 und damit die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach folgenden Kriterien:

Preis	max. 250 Punkte
Personalkonzept	max. 400 Punkte
<u>Konzept zur Herangehensweise</u>	<u>max. 350 Punkte</u>

Summe **max. 1.000 Punkte**

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bieter erhalten nähere Informationen zu den Zuschlagskriterien und möglichen Unterkriterien. Die Vergabestelle behält sich eine geringfügige Modifikation der Zuschlagskriterien vor.

4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1 Form und Frist der Teilnahmeanträge

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags ist das in der Anlage beigefügte **Teilnahmeformular** auszufüllen.

Wichtiger Hinweis:

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal unter folgendem Link

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMUYS>

bis spätestens

17. August 2026, 12.00 Uhr

im Dateiformat „**pdf**“ zu übermitteln.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags zu testen.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal „*dtvp.de*“ zu erfolgen. Diese erfolgt über den Menüpunkt „*Teilnahmeanträge*“. Dort wird das kostenlose „*Bietertool*“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe von Teilnahmeanträgen grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Informationen zur Nutzung des Portals sowie Antworten zu technischen Fragen, insbesondere zu Systemvoraussetzungen, finden Sie unter <https://support.cosinex.de/>.

Anderweitig auf elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sowie schriftliche Teilnahmeanträge, sind nicht zugelassen.

4.2 Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl

4.2.1 Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben in der EU-weiten Vergabebe-
kanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben
sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars (Anlage 1 zu diesem Bewerbermemoran-
dum).

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied
einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte **Teilnahmeformular** inklu-
sive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend den Vorgaben ausgefüllte Ein-
heitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

4.2.2 Auswahl der Bewerber

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe
eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Un-
vollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen wei-
terhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachwei-
sen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ord-
nungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als fünf grundsätzlich geeignete Unternehmen sich
beworben haben, unter den Bewerbern anhand der Mindestreferenzen beurteilt, wer unter
den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern
mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am wei-
teren Verfahren beteiligt werden soll.

Folgende Referenzen sind mindestens nachzuweisen:

1. Referenz „Projektsteuerung Generalsanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes“: Nachweis mindestens einer **Referenz für die Leistungen der Projektsteuerung bei einer Generalsanierung eines denkmalgeschützten Bestandbaus** (alle Grundleistungen nach AHO Heft 9 und mindestens zwei besondere Leistungen nach AHO Heft 19, wie z.B. Risikomanagement und Inbetriebnahmemanagement) mit Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 700 (nach DIN 276 in aktueller Fassung) von mindestens EUR 50 Mio. brutto. Bei dem Referenzprojekt müssen mindestens die Projektstufen 2 bis 5 und die Handlungsbereiche A bis E in Anlehnung an AHO/DVP erbracht worden sein. Die Abnahme/Inbetriebnahme des Gebäudes muss in den letzten 8 Jahren erfolgt sein.
2. Referenz „Projektsteuerung Neubau“: Nachweis mindestens einer **Referenz für die Leistungen der Projektsteuerung bei einem Neubau eines Gebäudes in der Honorarzone IV oder höher** (alle Grundleistungen nach AHO Heft 9 und mindestens zwei besondere Leistungen nach AHO Heft 19, wie z.B. Risikomanagement und Inbetriebnahmemanagement) mit Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 700 (nach DIN 276 in aktueller Fassung) von mindestens EUR 100 Mio. brutto. Bei dem Referenzprojekt müssen mindestens die Projektstufen 2 bis 5 und die Handlungsbereiche A bis E in Anlehnung an AHO/DVP erbracht worden sein. Die Abnahme / Inbetriebnahme des Gebäudes muss in den letzten 10 Jahren erfolgt sein.
3. Referenz „Projektsteuerung Veranstaltungsbau mit Bühnenbetrieb“: Nachweis mindestens einer **Referenz für die Projektsteuerung im Bereich Veranstaltungsbau mit Bühnenbetrieb** mit Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 700 (nach DIN 276 in aktueller Fassung) von mindestens EUR 50 Mio. brutto. Die Abnahme/Inbetriebnahme des Gebäudes muss in den letzten 10 Jahren erfolgt sein.

Für die Bewerberauswahl werden die drei Referenzen „**Projektsteuerung Generalsanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes**“, „**Projektsteuerung Neubau**“ und „**Projektsteuerung Veranstaltungsbau mit Bühnenbetrieb**“, die jeweils die oben genannten Mindestanforderungen erfüllen, berücksichtigt.

Sofern ein Bewerber die Anforderungen für „**Projektsteuerung Generalsanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes**“, „**Projektsteuerung Neubau**“, und „**Projektsteuerung Veranstaltungsbau mit Bühnenbetrieb**“ mit derselben Referenz abdeckt, wird diese für alle Kategorien herangezogen.

Die Referenz „Projektsteuerung Generalsanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes“ wird wie folgt bewertet:

Kriterium „Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 700“

ab EUR 50 Mio. brutto bis EUR 100 Mio. brutto	1 Punkt
über EUR 100 Mio. brutto bis EUR 150 Mio. brutto	3 Punkte
über EUR 150 Mio. brutto	5 Punkte

Kriterium „Aktualität“

Abnahme/Inbetriebnahme des Gebäudes vor 1.1.2020	1 Punkt
Abnahme/Inbetriebnahme zwischen 1.1.2020 und 31.07.2023	3 Punkte
Abnahme/Inbetriebnahme nach 31.07.2023	5 Punkte

Kriterium „Projekt im Fokus von Öffentlichkeit/ Presse/ Politik“

Bauvorhaben eines öffentlichen Auftraggebers	zzgl. 5 Punkte
--	----------------

Kriterium „Kulturgebäude“

Bauvorhaben eines öffentlichen Auftraggebers im Bereich Kulturbau	zzgl. 5 Punkte
---	----------------

Die Referenz „Projektsteuerung Neubau“ wird wie folgt bewertet:

Kriterium „Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 700“

ab EUR 100 Mio. brutto bis EUR 150 Mio. brutto	3 Punkte
über EUR 150 Mio. brutto bis EUR 300 Mio. brutto	5 Punkte
über EUR 300 Mio. brutto	8 Punkte

Kriterium „Innerstädtische Lage“

Neubau mit angrenzender Bestandsbebauung in beengter innerstädtischer Lage mit hohen Anforderungen an Logistik	zzgl. 8 Punkte
--	----------------

Kriterium „Bau im laufenden Betrieb“

Baumaßnahme während des laufenden Betriebs in angrenzendem Bestandsgebäude	zzgl. 4 Punkte
--	----------------

Die Referenz „Projektsteuerung im Bereich Veranstaltungsbau mit Bühnenbetrieb“ wird wie folgt bewertet:

Kriterium „Herstellkosten in den Kostengruppen 200 bis 700“

ab EUR 50 Mio. brutto bis EUR 100 Mio. brutto	1 Punkt
über EUR 100 Mio. brutto bis EUR 150 Mio. brutto	3 Punkte
über EUR 150 Mio. brutto	5 Punkte

Kriterium „Aktualität“

Abnahme/Inbetriebnahme des Gebäudes vor 1.1.2020	1 Punkt
Abnahme/Inbetriebnahme zwischen 1.1.2020 und 31.07.2023	3 Punkte
Abnahme/Inbetriebnahme nach 31.07.2023	5 Punkte

Kriterium Theaterbau/Operngebäude zzgl. 4 Punkte

Kriterium „Gegenstand der Baumaßnahme“

Sanierungsleistungen	zzgl. 2 Punkte
Neubauanteil mit mind. 20 Prozent des Gesamtbauvolumens	zzgl. 2 Punkte
Bau im laufenden Betrieb	zzgl. 2 Punkte

Es können **maximal 60 Punkte** erzielt werden.

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

4.3 Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

5 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1 Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2 Fragen zum Verfahren

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren unter dem Betreff „**Vergabe von Leistungen der Projektsteuerung für die Sanierung, Modernisierung und bauliche Erweiterung der Württembergischen Staatstheater**“ bis zum **6. August 2026** (Eingang)

mittels Vergabepattform

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMUYS>

zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

5.3 Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

5.4 Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge sowie der Angebote wird den Bewerbern keine Entschädigung gewährt.

5.6 Tariftreue und Mindestlohn

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich in Phase 2 des Verfahrens bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 (Tariftreueerklärung) sowohl für den Bieter als auch für die Nachunternehmen und Verleihunternehmen, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben.

6 Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
76137 Karlsruhe
vergabekammer@rpk.bwl.de

7 Anlage

- Teilnahmeformular
- Information DSGVO